



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 3 4 - 0 0 0 3**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V

Aufbau des Straßenverkehrsamtes
Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

K o w o l

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 97.495,42
 in %: 0,3%

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2017	Personalbudget	20.210	20.210		1100204	630098	Personalaufwendung
	X	2017	Personalbudget	27.350	27.350		1300023	630098	Personalaufwendung
	X	2017	Personalbudget	27.350	27.350		1300257	630098	Personalaufwendung
Summe einmalige Kosten:				74.910	74.910				

			Nachbesetzungen						
	X	2018	Personalbudget Nachbesetzung ZD - A 11	82.070	82.070		1100204	630098	Personalaufwendung
	X		Arbeitsplatzkosten	25.870	25.870		1100204	680000	Sachaufwendungen
	X		Personalbudget Verkehrspolizei - 2 x E 8	111.070	111.070		1300023	630098	Personalaufwendung
	X		Arbeitsplatzkosten	41.280	41.280		1300023	680000	Sachaufwendungen
	X		Straßenverkehrsbehörde Verkehrspolizei -1 x E 8	55.530	55.530		1300257	630098	Personalaufwendung
	X		Arbeitsplatzkosten	41.280	41.280		1300257	680000	Sachaufwendungen
			Neuschaffungen						
	X		Personalbudget Zentrale Dienste	130.960	130.960		1100204	630098	Personalaufwendung
	X		Arbeitsplatzkosten	45.180	45.180		1100204	680000	Sachaufwendungen
	X		Personalbudget Verkehrspolizei	1.907.920	1.907.920		1300023	630098	Personalaufwendung
	X		Arbeitsplatzkosten	103.200	103.200		1300023	680000	Sachaufwendungen
Summe Folgekosten:				2.544.360	2.544.360				

			Nachbesetzungen						
X	2019 ff		Personalbudget Nachbesetzung ZD - A 11	83.320	83.320		1100204	630098	Personalaufwendung
X			Arbeitsplatzkosten	25.870	25.870		1100204	680000	Sachaufwendungen
X			Personalbudget Verkehrspolizei - 2 x E 8	112.760	112.760		1300023	630098	Personalaufwendung
X			Arbeitsplatzkosten	41.280	41.280		1300023	680000	Sachaufwendungen
X			Straßenverkehrsbehörde Verkehrspolizei - 1 x E 8	56.380	56.380		1300257	630098	Personalaufwendung
X			Arbeitsplatzkosten	41.280	41.280		1300257	680000	Sachaufwendungen
			Neuschaffungen						
X			Personalbudget Zentrale Dienste	132.950	132.950		1100204	630098	Personalaufwendung
X			Arbeitsplatzkosten	45.180	45.180		1100204	680000	Sachaufwendungen
X			Personalbudget Verkehrspolizei	1.936.970	1.936.970		1300023	630098	Personalaufwendung
X			Arbeitsplatzkosten	103.200	103.200		1300023	680000	Sachaufwendungen
Summe Folgekosten:				2.579.190	2.579.190				

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Durch die Organisationsverfügung vom 8. Mai 2017 wurden sämtliche Aufgaben der Überwachung und Regelung des ruhenden und fließenden Straßenverkehrs, sowie der Regelung der Nutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze gebündelt und dem neugeschaffenen Straßenverkehrsamt zugewiesen. Das neue Amt wurde dem Dezernat V - Umwelt und Verkehr zugeordnet. Die Schaffung des Amtes war der erste Schritt, dem weitere zum Aufbau des Amtes und zur Herstellung seiner Leistungsfähigkeit folgen müssen. Diese Vorlage soll die personellen Voraussetzungen zum Aufbau des Straßenverkehrsamtes schaffen, die für die weitere Handlungs- und Funktionsfähigkeit des Straßenverkehrsamtes dringend erforderlich sind.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 durch die Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters vom 8. Mai 2017 sämtliche Aufgaben der Überwachung und Regelung des ruhenden und fließenden Straßenverkehrs sowie der Regelung der Nutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze gebündelt und dem neugeschaffenen Straßenverkehrsamt (Amt 34) zugewiesen wurden.
- 1.2 das neugeschaffene Amt 34 mit der derzeitigen Personalausstattung weder den Anforderungen und Standards der Landeshauptstadt Wiesbaden für ein vitales Amt genügt, noch die fast ausschließlich aus gesetzlichen Pflichtaufgaben der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehenden fachlichen Anforderungen bewältigen kann. Hierfür steht der Kommunalen Verkehrspolizei nur in völlig unzureichendem Umfang Personal zur Verfügung.
- 1.3 die Organisationsverfügung vom 8. Mai 2017 hinsichtlich der Neubildung des Amtes 34 der erste Schritt war, dem nun weitere Schritte insbesondere zur Schaffung der personellen Voraussetzungen folgen müssen.
- 1.4 sich die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürgern zur straßenverkehrlichen Situation häufen. Eine Abhilfe lässt sich nur durch eine unmittelbare Schaffung und Besetzung der, in der Sitzungsvorlage dargestellten Stellen erreichen.

2. Es wird daher Folgendes beschlossen:

2.1 Die Stellen Nr.

- 0066, Stellenwert A 11, Amtscontrolling und Revisionssicherheit (IKS) im Zentralen Dienst
- 19024 und 3804, beide Stellenwert E 8, Ordnungspolizeibeamte (OPB) bei der Kommunalen Verkehrspolizei (KommVP)
- 3799, Stellenwert E 8, Assistenz in der Straßenverkehrsbehörde
- 19002, Stellenwert E 8, Sachbearbeitung Umweltzone in der Straßenverkehrsbehörde

werden zur sofortigen Besetzung freigegeben.

Die Stellenbesetzungsverfahren können vorab der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung eingeleitet werden.

2.2 Die Stellen Nr. 1496, Stellenwert A 10, Sachbearbeitung Genehmigung Großbauprojekte und Veranstaltungen in der Straßenverkehrsbehörde wurde aufgrund einer Wiederbesetzungssperre für 6 Monaten der LG Budget AG bis 12/2017 gesperrt. Diese Stelle soll zur sofortigen Besetzung freigegeben werden.

2.3 Als erster Schritt werden zum Doppelhaushalt 2018/19 folgende Stellen für das Amt 34 geschaffen:

- 30 Stellen E 8, OPB bei der KommVP
- 1 Stelle E 8, OPB, Geschwindigkeitsüberwachung KommVP
- 2 Stelle E 9, Dienstgruppenleitung KommVP
- 1 Stelle E 8, Sachbearbeitung Abschleppvorgänge KommVP
- 2 Stellen E 9, Sachbearbeitung Zentraler Dienst

2.4 Von den unter 2.2 benannten Stellen werden vorab der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung 20 Stellen der KommVP unmittelbar geschaffen und zur Besetzung freigegeben. Das Stellenbesetzungsverfahren wird ebenfalls vorab genehmigt. Die Finanzierung dieser Stellen erfolgt budgetneutral durch VI/20.

2.5 Bis zur endgültigen Besetzung der 20 Stellen der KommVP werden zur kurzfristigen Abfederung des Personalengpasses, unter Berücksichtigung der Vergaberichtlinien der Landeshauptstadt Wiesbaden Mitarbeiter einer Arbeitnehmerüberlassung eingesetzt.

2.6 Über die finanziellen Auswirkungen dieser Vorlage für den Doppelhaushalt 2018/19 ff wird in den Haushaltsplanberatungen durch die Gremien entschieden.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

1. Fachabteilungen

Derzeit bemisst sich der Personalbestand der OPB im Amt 34 auf 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (MA). Mit dieser Personalstärke können die gesetzlichen Pflichtaufgaben der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bereich Verkehr für eine Landeshauptstadt mit 290.000 Einwohnern nicht im nötigen Umfang erfüllt werden. Aus allen Stadtteilen häufen sich die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger. Auch der Blick auf die Zahl der Mitarbeitenden in anderen Städten in diesem Aufgabenbereich verdeutlicht die Unterausstattung:

Frankfurt, 600.000 Einwohner	147 MA
Mainz, 209.000 Einwohner	57 MA
Kassel, 200.000 Einwohner	50 MA
Darmstadt, 160.000 Einwohner allerdings erweitertes Aufgabenfeld	48 MA
Offenbach, 130.000 Einwohner allerdings erweitertes Aufgabenfeld	35 MA

Vor der Ämterneuorganisation wurden die Aufgaben der Verkehrsüberwachung von insgesamt mehr als 80 OPB der Stadtpolizei in Wiesbaden wahrgenommen. Auch wenn diese noch weitere

Aufgaben erfüllten, so waren Verkehrsregelung und -überwachung faktisch immer der Schwerpunkt und haben durchschnittlich ca. 70% der Arbeitszeit in Anspruch genommen. Somit haben vor der Ämterneuorganisation umgerechnet ca. 56 OPB für den Bereich Verkehr zur Verfügung gestanden.

Die Regelung und Überwachung des ruhenden und fließenden Straßenverkehrs und die Regelung der Nutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze hat in einer Großstadt eine sehr hohe Bedeutung für das Funktionieren und die Entwicklung der Stadtgesellschaft und für die Lebensqualität von Einwohnern, Besuchern und Gästen und Durchreisenden.

Weitere Zielsetzungen wie die Förderung des Radverkehrs, des Ausbaus der Parkraumbewirtschaftung, der Förderung der Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer und wirksame Maßnahmen gegen Belastungen durch den Durchgangsverkehr von Lastkraftwagen sind nur mit einer hinreichend personell ausgestatteten kommunalen Verkehrspolizei erfolgreich umsetzbar.

Im Ergebnis ist für die Kommunale Verkehrspolizei im Amt 34 eine Personalstärke von mindestens 60 OPB erforderlich, um den genannten Anforderungen gerecht zu werden. Da Personal in dieser Größenordnung aus tatsächlichen Gründen nicht auf einmal rekrutiert und eingestellt werden kann, erfolgt hier in einem ersten Schritt die Schaffung von 33 Stellen für OPB bei Amt 34 (30 OPB, 2 Dienstgruppenleiter OPB, 1 OPB Geschwindigkeitsmessungen).

Die Schaffung einer weiteren Stelle in der Sachbearbeitung für Abschleppvorgänge ist unausweichlich, da intensivere Verkehrsüberwachung die Zahl der Abschleppvorgänge steigert und dieser Bereich jetzt schon an der Kapazitätsgrenze arbeitet.

Aus den vorgenannten Gründen müssen als Sofortmaßnahme die beiden vorhandenen Stellen im Bereich der OPB zur sofortigen Besetzung freigegeben werden.

Auch die drei Stellen in der Abteilung Straßenverkehrsbehörde (Assistenz Abteilungsleitung, Sachbearbeitung Umweltzone und Großbauprojekte) müssen umgehend wieder besetzt werden, da die Tätigkeiten nicht länger von anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusätzlich übernommen werden können und die eingeschränkte Wahrnehmung der Aufgaben erhebliche negative Außenwirkung hat.

2. Overhead

Der Zentrale Dienst des Amtes 34 besteht derzeit aus 2 MA, der Leiterin und einer Sachbearbeiterin. Ein Techniker für die Leitstellensoftware wird mit einer ergänzenden Organisationsverfügung zukünftig dem Zentralen Dienst zugeordnet. Mit der gegebenen Personalausstattung kann die Funktionsfähigkeit der Abteilung nicht dauerhaft sichergestellt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Amt 34 vor allem durch den Fuhrpark, die Einsatzmittelverwendung, den uniformierten Außendienst und den Schichtdienst sehr verwaltungsintensive Faktoren hat. Die Anforderungen insbesondere hinsichtlich der Revisionsicherheit sind daher besonders hoch.

Aus den genannten Gründen bedarf es dringend der Besetzung der Stelle A 11 und der Schaffung von 2 Stellen E 9 für die Sachbearbeitung in den Bereichen Personalwesen, Beschaffung, Fuhrparkmanagement, allgemeine Verwaltung, Controlling, EDV und Beschwerdemanagement.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Es sind keine Alternativen erkennbar. Die Leistungsfähigkeit des neuen Straßenverkehrsamtes ist ohne den beschriebenen Personalzubau nicht herstellbar.

Wiesbaden,

Andreas Kowol
Stadtrat